

Die Konistenz ^{AM} ^{UMS} ^D für notwendig, den
Kampf gegen den Beamtendünkel zu verstärken, um so die Arbeit
der demokratischen Verwaltungsorgane *
bessern. ^{Ver}
(Aus der Entschließung der 1. Parte...

KARL BOHM

„Eine Lohngruppe nimmt den Jampf gegen den Bürokratismus auf“

Die Wohngruppen unserer Partei sollen Verständnis für
die Bevölkerung in die Bevölkerung tragen. Sie
sollen zeigen, daß das Vertrauen der Bevölkerung zu
unserer demokratischen Staat und ihre Anteilnahme an
der Entwicklung wachsen. Sie sollen die
führende Kraft in der Bevölkerung ihres Bezirks werden.

Dazu gehört unter anderem auch, daß sich unsere Wohn-
gruppen um die Sorgen, Beschwerden und Zweifel der
Menschen kümmern und ihnen, wo es notwendig ist, helfen,
die demokratischen Mittel und Möglichkeiten zu gebrau-
chen, um sich gegen Bürokratismus und Beamtendünkel,
Ungerechtigkeiten und Schikanen erfolgreich zur Wehr zu
setzen. Damit helfen sie zugleich, die Demokratie von
unten zu entfalten und die Einrichtungen und Organe unse-
res Staates zu verbessern.

Diese Hilfe spielte in den Rechenschaftsberichten der
Gruppenleitungen und spielt in den Arbeitsplänen der
Wohngruppen eine größere Rolle als in der praktischen
Arbeit, wo sie vorerst noch zu wenig zum Ausdruck kommt.
Das war auch bei der Wohngruppe Pankgraf im Kreis
Berlin-Pankow der Fall, aus deren Arbeit hier berichtet
werden soll.

Eine Hausbesitzerin schikaniert ihre Mieter

Im Hause Parkstraße 29 in Pankow „herrschte“ die Haus-
besitzerin Adelmann, die mit Recht als sozial berüchtigt
war. Nicht nur, daß sie nicht einmal die nötigsten Repara-
turen ausführen ließ — sie entzog ihren Mietern im Laufe
der Zeit fast allen Boden-, Keller- und Hofraum, schikanierte
die Hauswartsleute, die sie mit Hilfe eines Vertrages ge-
radezu versklavt hatte, verweigerte den meisten Mietern
— allen, die nach 1945 auf Grund behördlicher Anweisun-
gen eingezogen waren — die Mietsverträge; sie wolle die
Wohnungen für ihre „alten, anständigen Mieter“ — ver-
schwundene Naziverbrecher — reservieren, erklärte sie.
Und so weiter.

Die Frage ist, warum sich die Mieter das alles gefallen
ließen. Einmal: weil sie sich nicht untereinander verständ-
igten, weil sie keine Hausgemeinschaft bildeten, und weil
sie — jeder für sich — die unangenehmen und zeitrauben-
den gerichtlichen Auseinandersetzungen scheuten, die not-
wendig gewesen wären, nachdem keine andere Stelle ber-
atend und helfend eingriff. Zum anderen: weil sie kein
Vertrauen zu unserer demokratischen Verwaltung hatten;
es galt als erwiesen, daß „Frau Adelmann immer Recht be-
kommt“, besonders im — zunächst zuständigen — Woh-
nungsamt, von dem die Adelmann selbst zu sagen pflegte,
sie brauche „nur hinüberzugehen“, um für sich günstige
Entscheidungen zu erlangen.

Die Wohngruppe der Partei schaltet sich ein

Als nach allen vergeblichen Schritten beim Wohnungs-
amt auch ein dringender Brief des Straßenvertrauens-
mannes, Genossen Liepe, im September 1949 unbeantwortet
blieb, nahm sich unsere Wohngruppe des Falles an. Auf
den Bericht einiger Genossen über die Zustände im Hause
Parkstraße 29 wurden Anfang November konkrete Maß-
nahmen beschlossen und mit ihrer Durchführung bestimmte
Genossen betraut:

Der Leiter des Wohnungsamtes, Vieth, Mitglied unserer Partei,
und sein nächster Mitarbeiter Schmitt hatten bisher vollständig
versagt, indem sie eine Untersuchung dieses Falles mit der Be-
gründung ablehnten, sie hätten keine Zeit oder die „Objektivität
leide“ dadurch.

Der

Hausvertrauensmann des Hauses Parkstraße 29, Genosse
Müller, und zwei Genossen, die in dem Hause selbst wohnen, wur-

den beauftragt, sofort eine Mieterversammlung einzuberufen, die
Klagen der Mieter zu sammeln und zu veranlassen, daß die Haus-
gemeinschaft von sich aus zur Selbsthilfe im Rahmen der gesetz-
lichen Möglichkeiten greift. Diese Mieterversammlung wurde ein
voller Erfolg. Auch die Mieter, die uns politisch fernstehen, die
bisher von tiefer Skepsis gegen unsere demokratische Verwaltung
erfüllt waren und die sogar geneigt waren, der Adelmann die eigen-
nen Leiden zu vergeben, nur um „der SED“ keinen Vorschub zu
leisten, erkannten, daß es hier gar nicht um parteipolitische Grund-
sätze ging. Sie sahen hier, daß unsere Genossen vielmehr die Inter-
essen der unterdrückten Mieter — auch die ihren! — vertraten,
daß — wie die nähere Betrachtung des Falles ergab — das Ver-
sagen der Verantwortlichen im Wohnungsamt keineswegs ein Ver-
sagen unserer demokratischen Verwaltung überhaupt war, ja, daß
unsere Partei als erste gegen Schädlinge und Bürokraten in der
Verwaltung auftritt, selbst wenn sie Mitglieder unserer Partei sind.
Das Ausmaß der Adelmanschen Infamie wurde erkannt; es wurde
beschlossen, in Zukunft gemeinsam dagegen vorzugehen und vor
allem zunächst der Familie Meyer, deren Zimmer besichtigt wurde,
zu helfen. Es zeugt von dem Vertrauen, das selbst die bisher reser-
viertesten der Mieter gewannen, daß sie hier — wie auch auf der
zweiten, noch besser besuchten Mieterversammlung — einstimmig
alle Beschlüsse faßten und unsere Genossen mit ihrer Durchfüh-
rung beauftragten, die jedoch ihrerseits auch Parteilose vor-
schlugen und zur Mitarbeit heranzogen.

Der Schritt in die Öffentlichkeit

Die Genossen der Wohngruppe Pankgraf wandten sich
nun mit einem Brief an den Oberbürgermeister Friedrich
Ebert, der noch am gleichen Tage den zuständigen Stadtrat
Munter mit der Prüfung des Falles beauftragte. Außerdem
verständigten die Genossen Rundfunk und Presse, die eben-
falls sofort Vertreter schickten und sich davon überzeugten,
daß hier eine Häufung krasser Ungerechtigkeiten und ein
mit Bürokratie allein nicht mehr zu erklärendes Versagen
der zuständigen Angestellten des Wohnungsamtes vorlag.

Die nun einsetzende öffentliche Kritik und das Ein-
greifen des demokratischen Magistrats bewirkten, daß in
den ersten Januartagen — unter Leitung des „objektiven“
Schmitt — die längst fälligen Zwangsmaßnahmen gegen
die widerspenstige Vermieterin durchgeführt wurden, wo-
bei in dem verschlossenen Bücherschrank eine Fülle von
Naziliteratur, in dem zu räumenden Nebenraum unter
Gerümpel und dickem Staub einige wohlverwahrte Hinden-
burgbilder gefunden wurden, usw.

Der Fall wurde durch die Presse bekannt. Nun zeigte
sich erst in vollem Ausmaße, daß er kein Einzelfall war.
Es zeigte sich, daß das Wohnungsamt in vielen Fällen eine
unbegreifliche Nachsicht gegenüber skrupellosen Hausbe-
sitzern an den Tag gelegt hatte, während es andererseits
rasch und scharf vorging, wenn es sich um Zwangsmaßnah-
men gegen Mieter handelte. Es zeigte sich weiter, daß Vieth
den Schmitt in jeder Hinsicht deckte, sich mit ihm solidarisch
erklärte und sich gegenüber Beschwerden und Vorwürfen
taub stellte. Auch Vorschlägen und Kritiken der Partei
gegenüber war er unzugänglich.

Die Betriebsgruppe des Wohnungsamtes, die bisher zu-
gelassen hatte, daß Vieth auch in der Gruppe den Amts-
leiter spielte, beschäftigte sich in einer langen Sitzung, der
Vieth kennzeichnenderweise fernblieb, selbstkritisch mit
ihrer bisherigen Arbeit, erkannte ihre Schwächen gegen-
über gewissen Schädlingen und Bürokraten im Amt, ihren
Mangel an Wachsamkeit und die Notwendigkeit; dafür zu
sorgen, daß das Amt mehr als bisher Helfer und Berater
der Bevölkerung sein müsse.

Der Fall wurde auch in anderen Wohngruppen und
Betriebsgruppen diskutiert und zum Anlaß genommen, die
eigene Arbeit in dieser Hinsicht zu überprüfen und zu